

Guten Tag, Herr Martin Wagner,
vielen Dank für Ihre Artikelbestellung. Sie haben folgenden
Artikel ausgewählt:

PRESSE: Qualität unter Tarif

vom 07.05.2011
DER SPIEGEL Seite 150

7. Mai 2011

Kurz-Anleitung

PDF speichern

Sie können dieses PDF auf
Ihrer Festplatte speichern.

Bitte benutzen Sie das
Datei-Kopie-Menü oder
klicken Sie auf den

 Speichern-Button.

PDF drucken

Zum Drucken benutzen

Sie bitte das Datei-Drucken-Menü
oder klicken Sie auf den

 Drucken-Button.

Dieses PDF-Dokument ist
ausschließlich für Ihren privaten
Gebrauch bestimmt.
Die Übernahme und Nutzung der
Daten zu anderen Zwecken bedarf der
schriftlichen Zustimmung.
www.spiegel.de/agb



Demonstrierende Zeitungsmitarbeiter in Nürnberg, Hamburg: „Journalisten waren immer da, wenn man sie brauchte“

PRESSE

Qualität unter Tarif

Im Zeitungsgewerbe droht ein Arbeitskampf. Die Verleger verweisen auf sinkende Einnahmen, sie wollen Gehälter und Sozialleistungen kürzen. Viele fühlen sich überhaupt nicht mehr an Tarifverträge gebunden. Was ist guter Journalismus noch wert?

Am Ende ihrer Kundgebung ließen die Journalisten Hunderte orangefarbener Luftballons aufsteigen mit Kärtchen, auf denen sie ihre Herzenswünsche notiert hatten: „Investitionen statt Kürzungen“, „faire Einstiegsgehälter“ oder „dass Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld erhalten bleiben“.

Ein paar Dutzend davon blieben bereits im nächsten Baum stecken. Selbst jene Bitten, die es vorigen Dienstag nach oben in den Himmel über Hamburg schafften, dürften kaum erhört werden. Über die Zukunft des Journalismus in Deutschland richten nun mal nicht die Götter, sondern die Verleger. Und es ist nicht die Zeit, in der das Wünschen etwas hilft.

Drastisch weniger Gehalt für Neueinstellungen; Kürzungen bei der Altersversorgung; kein Urlaubsgeld mehr, dafür weniger Urlaub; 40 Wochenstunden statt 36,5 – so will es der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger.

„Qualität gibt’s nicht zum Nulltarif“, hatten Demonstranten in Hamburg auf ihre Plakate geschrieben. Auch in Stuttgart, Nürnberg und Frankfurt am Main gingen Hunderte Tageszeitungsredakteure auf die Straße, dem Ruf der Gewerkschaft Ver.di und des Deutschen Journalistenverbands (DJV) folgend. Es war der internationale Tag der Pressefreiheit.

In Deutschland wird niemand verfolgt, verhaftet oder ermordet, weil er unbequeme Wahrheiten schreibt. Es geht um die Frage: Wie viel darf guter Journalismus kosten? Wird Journalist künftig noch ein Beruf sein, der sich finanziell lohnt?

„Journalisten waren immer da, wenn man sie brauchte, sieben Tage die Woche, sie gingen erst nach Hause, wenn die Zeitung fertig war“, so Kajo Döhring, Hauptgeschäftsführer des DJV, am Rande der Demo in Hamburg. „Dafür wurden sie ordentlich entlohnt. Das war der Konsens. Den kündigen die Verleger jetzt auf.“

Thomas Ehlers, 50, sieht das anders. Der Volkswirt ist Geschäftsführer der „Lübecker Nachrichten“ und der „Ostsee-Zeitung“, die beide zur Madsack-Verlagsgruppe gehören. Journalisten gehe es gut, ihre Tarifverträge stammten aus einer längst vergangenen Zeit, in der die Verlage boomten, sagt er.

Die Streichung des Urlaubsgelds? „Es ist immer schwierig, Menschen etwas wegzunehmen“, sagt er lapidar. Schlechtere Gehälter für neueingestellte Kollegen? „Leute, die noch nicht an Bord sind, haben sich auch noch nicht an irgendetwas gewöhnt.“

Ehlers spricht von einer „historischen Tarifrunde“. Er sagt: „Sonst geht es doch bei solchen Verhandlungen immer darum, wie viel mehr Geld es geben wird. Jetzt geht es aber darum, wie viel die Redakteure abgeben.“

Beide Seiten wollen hart bleiben, am Mittwoch gingen die Verhandlungsführer der Tarifparteien ohne Ergebnis auseinander.



MANFRED WITT / DER SPIEGEL

ander. Am selben Tag streikten bundesweit 400 Journalisten, darunter 150 Mitarbeiter der „Süddeutschen Zeitung“.

Die meisten Verlage verdienen zwar noch immer Geld. Früher jedoch warfen Zeitungen zweistellige Traumrenditen ab, heute gelten höhere einstellige Umsatzrenditen schon als Beleg für gutes Wirtschaften. Ihre beiden Haupteinnahmequellen, die Werbe- und die Vertriebslösungen, drohen langfristig zu versiegen. Wären Zeitungen Pflanzungen, wäre es an der Zeit, sie unter Artenschutz zu stellen.

Zuletzt waren es die Riesen unter den Anzeigenkunden, die vor allem den regionalen Zeitungen zu schaffen machten: Schlecker will sich weitgehend von Print-Werbung verabschieden, Aldi hat das re-

gional bereits getan. Auch Lidl hat seine Ausgaben für Zeitungsanzeigen zurückgefahren.

Die Auflagen der Blätter schrumpfen, am besten halten sich noch die überregionalen Tageszeitungen. „FAZ“: minus 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, „Süddeutsche Zeitung“: minus 2. „Welt“ und „Welt kompakt“ verloren 1,9 Prozent. Das „Hamburger Abendblatt“ hat unter seinem Chefredakteur Claus Strunz in zwei Jahren rund 10 Prozent eingebüßt, der Verkauf am Kiosk sackte sogar um fast 19 Prozent ab.

Trauriges Paradebeispiel für den Niedergang einer Qualitätszeitung ist die „Frankfurter Rundschau“ („FR“). Ihre verkaufte Auflage brach noch einmal um

12,5 Prozent ein. 2003 war Hessens damaliger Ministerpräsident Roland Koch (CDU) dem chronisch kränkelnden Blatt mit einer Landesbürgerschaft zur Seite gesprungen, ein Jahr später hatte die SPD-Pressesholding DDVG die Mehrheit der Anteile übernommen.

In den folgenden Jahren positionierte die „FR“ sich mal regional, dann wieder bundespolitisch. Eine relevante Stimme ist sie heute nicht mehr, als Nächstes wird sie auch noch ihre Eigenständigkeit verlieren. Ein großer Teil der Texte kam zuletzt von einer Redaktionsgemeinschaft mit der „Berliner Zeitung“, die, wie inzwischen auch die „FR“, zum Reich des Verlegers Alfred Neven DuMont gehört. Im Sommer werden die Redaktionen weitgehend verschmolzen, in Frankfurt sollen 44 Stellen gestrichen werden, 23 Redakteure sollen nach Berlin ziehen.

Im April streikte die Belegschaft. Es war ein eher hilfloser Versuch, sich gegen das Unvermeidliche zu stemmen.

Doch nicht alle Zeitungen stecken in so einer existenziellen Not, oft geht es den Verlagen nur darum, die Kosten zu drücken. Und dabei sind sie durchaus erfinderisch.

Viele Verlage gehören zwar dem Verlegerverband an – aber ohne Tarifbindung, etwa die Münchner „Abendzeitung“, die „Saarbrücker Zeitung“ oder die „Magdeburger Volkstimme“. Andere setzen anstatt fester Redakteure Leiharbeiter ein, wie die „Nordwest-Zeitung“ aus Oldenburg und die „Leipziger Volkszeitung“.

Oder sie gliedern ganze Abteilungen aus, zuletzt geschehen beim „Schwarzwälder Boten“. Der „Schwabo“, wie er landläufig heißt, erscheint in Oberndorf am Neckar, Auflage 127 000. Die überregionalen Berichte werden größtenteils von den „Stuttgarter Nachrichten“ bezogen, seit deren Mutterhaus, die Südwestdeutsche Medienholding, das Blatt übernahm.

Seit März nun gehören die Redakteure der Schwarzwälder-Bote-Redaktionsgesellschaft an, die nicht tarifgebunden ist. In einem Schreiben an die Belegschaft feierte die Geschäftsführung diese Maßnahme als „Grundlage für eine marktgerechte Positionierung“.

Thomas Ducks, der Vorsitzende des Betriebsrats, spricht hingegen von „einer Tarifrifflucht, die ohne Vorwarnung exekutiert wurde“. Erst im Januar habe er von den Plänen erfahren. „Wir hatten keine Möglichkeit, zu reagieren.“

Bevor Ducks voriges Jahr an die Spitze des Betriebsrats rückte, arbeitete er 20 Jahre lang in verschiedenen Ressorts als Redakteur. Das Fazit des 50-Jährigen ist bitter: „Auch wenn es der interessanteste Beruf der Welt ist: Bei den heutigen Arbeitsbedingungen und Löhnen würde ich nicht noch einmal Journalist werden. Die jungen Kollegen tun mir leid.“

ALEXANDER KÜHN, MARTIN U. MÜLLER

Unter Druck

Tageszeitungen in Deutschland

	1999	2009	
Anzahl*	393	373	-5,1%
Verkaufte Auflage**	28,5 Mio.	22,8 Mio.	-20,0%
Netto-Werbeumsätze	6,1 Mrd. €	3,7 Mrd. €	-39,2%

Quellen: IWV, ZAW

*IWV-geprüfte Titel inkl. Sonntagszeitungen

**jeweils IV. Quartal



URS KUESTER / MAURITIUS IMAGES

Zeitungsstand mit Tagespresse
Unter Artenschutz stellen